

# AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – November 2023

## Inhalt

<b>Nachrichten aus den EU-Institutionen .....</b>	<b>1</b>
EU-Kommission: TikTok und YouTube sollen über Jugendschutz berichten .....	1
EU-Kommission: Empfehlungen zur Überwindung von Energiearmut in der EU veröffentlicht .....	1
EU-Kommission: Grüner Dialog gestartet .....	1
EU-Parlament: Entschließung zur Verringerung von sozialen Ungleichheiten bei Familien .....	1
EU-Parlament: Rechtsausschuss mit Vorschlag zur Anerkennung von Elternrechten .....	2
EU-Parlament: Einbezug von Kindern und Familien in die Überarbeitung der Richtlinie gegen Menschenhandel .....	2
EU-Parlament: Bericht zum Vorschlag der EU-Richtlinie gegen sexuellen Missbrauch .....	2
EuGH: Eltern von Geflüchteten haben Anspruch auf Aufenthalt, aber nicht auf internationalen Schutz .....	3
Rat der EU: Position zum Europäischen Behindertenausweis beschlossen .....	3
<b>Nachrichten aus den europäischen Staaten .....</b>	<b>3</b>
Polen: Reproduktive Gesundheit in Koalitionsverhandlungen .....	3
Slowakei: Leitlinien für geschlechtsangleichende Operationen zurückgenommen .....	4
Italien: Vertragsverletzungsverfahren wegen Kindergeldregelung .....	4
Rumänien: Rentenreform beschlossen .....	4
Frankreich: Anstieg angezeigter Fälle häuslicher Gewalt .....	4
Schweiz: Bericht zu Deprivation und Gesundheit von Kindern .....	5
Schweiz: Freistellung bei Todesfall eines Elternteils in den ersten Lebensmonaten eines Kindes .....	5
<b>Weitere Nachrichten .....</b>	<b>5</b>
Internationaler Tag der Kinderrechte .....	5
Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen .....	6
Netzwerk „Transnationale Familiendynamiken in Europa“ trifft sich zur Generalversammlung .....	6
<b>Berichte und Studien .....</b>	<b>7</b>
ESPAÑA: Bericht zur Zugänglichkeit von durch die Kindergarantie zugesicherten Leistungen .....	7
OECD: Bericht zu Auswirkungen der Inflation .....	7
Allianz Foundation: Next Generations Study 2023 .....	7
EU-Parlament: Bericht über Internetsucht und problematische Internetnutzung .....	8
EU-Kommission: Jahresbericht des Ausschusses für Sozialschutz .....	8
<b>Bevorstehende Veranstaltungen .....</b>	<b>8</b>

150. Ausgabe

## Nachrichten aus den EU-Institutionen

### EU-Kommission: TikTok und YouTube sollen über Jugendschutz berichten

Im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste (DSA) hat die EU-Kommission förmliche Auskunftersuchen an die Social-Media-Dienste TikTok und YouTube gerichtet. Die Plattformen sollen darüber Bericht erstatten, mit welchen Maßnahmen sie ihre Verpflichtungen zum Jugendschutz aus dem DSA erfüllen. Dazu zählen Risikobewertungen in Bezug auf die physische und psychische Gesundheit Minderjähriger und ihr Schutz vor illegalen oder schädlichen Inhalten. TikTok hat darüber hinaus von der EU-Kommission ein Auskunftersuchen über Desinformation, terroristischen und gewaltsamen Inhalten sowie Hassrede erhalten. Als sehr große Plattformen sind beide Dienste verpflichtet, die Einhaltung des DSA durch ihre Nutzer:innen zu überprüfen. Die Kommission wird auf Grundlage ihrer Auskünfte weitere Schritte planen.

### EU-Kommission: Empfehlungen zur Überwindung von Energiearmut in der EU veröffentlicht

Die Kommission betont darin, dass angesichts der aktuellen Energiekrise und der steigenden Lebenshaltungskosten ein EU-weit koordiniertes Vorgehen notwendig sei. Im Jahr 2022 hätten knapp zehn Prozent der Menschen in Europa ihre Wohnungen nicht ausreichend heizen können. Um Energiearmut wirksam zu bekämpfen, müsse in Energieeffizienz und erneuerbare Energien investiert werden. Der hohe Energieverbrauch ineffizienter Geräte und der hohe Bedarf nicht sanierter Gebäude verursache Energiekosten, die über dem verfügbaren Budget der Haushalte liegen. Die Empfehlungen enthalten außerdem eine EU-weit gültige Definition von Energiearmut und Richtlinien, um Energiearmut in den Mitgliedstaaten zu identifizieren.

- [Empfehlung \(EU\) 2023/2407 der Kommission zu Energiearmut](#)

### EU-Kommission: Grüner Dialog gestartet

Mit einer ersten Veranstaltung zum Thema Konsum und Klimawandel hat die EU-Kommission ihre Veranstaltungsreihe „Grüner Dialog“ gestartet. Sie soll den Green Deal der EU begleiten, die Öffentlichkeit einbeziehen und ihre Unterstützung bei diesem Projekt sichern. Mit Vertreter:innen der Zivilgesellschaft und interessierten Bürger:innen wurde die Rolle von Konsument:innen beim Übergang in ein grünes und nachhaltiges Europa diskutiert. Eine wichtige Frage dabei war die Zugänglichkeit, Bezahlbarkeit und Qualität nachhaltiger Produkte und Dienstleistungen. Auseinandergesetzt wurde sich auch mit der Frage, wie bei einer großen Gruppe von Konsument:innen ein Interesse für nachhaltige Modelle wie der Kreislaufwirtschaft geschaffen werden kann. Ein zentrales Risiko beim Übergang in eine nachhaltige Zukunft sei es, einkommensschwache und vulnerable Gruppen einzubeziehen und zu unterstützen. Um Konsument:innen nachhaltige Konsumententscheidungen zu ermöglichen, könne die EU mit Gesetzen zur Nachhaltigkeit von Produkten einen Rahmen schaffen.

- [Empowering consumers on climate change](#)  

### EU-Parlament: Entschließung zur Verringerung von sozialen Ungleichheiten bei Familien

Das EU-Parlament hat eine Entschließung zum Abbau von Ungleichheiten und zur Förderung der sozialen Eingliederung in Krisenzeiten für Kinder und ihre Familien beschlossen. Darin machen die Abgeordneten zunächst darauf aufmerksam, dass die Umstände, unter denen Kinder aufwachsen, einen entscheidenden Einfluss auf ihre Entwicklung und ihren späteren Erfolg haben. In der EU wächst ein Viertel der Kinder in Armut und sozialer

Ausgrenzung auf. In der EntschlieÙung wird auÙerdem betont, dass Kinder mit alleinerziehenden Eltern, mit Migrationshintergrund und mit Behinderungen hãufiger von Armut betroffen sind. Die Kommission und die Mitgliedstaaten werden aufgerufen, in politische MaÙnahmen zu investieren, von denen Kinder direkt und indirekt profitieren. Dazu gehõrten allgemeine sozialpolitische Schritte wie die Fõrderung von bezahlbarem Wohnraum und von Bildungs- und Freizeitangeboten. Darõber hinaus mûssten benachteiligte Gruppen von Kindern und Familien gezielt gefõrdert werden. Der Ausbau von Angeboten der frõhkindlichen Bildung und Erziehung sei bei der Verringerung sozialer Ungleichheiten zentral.

- [EU-Parlament: EntschlieÙung zur Verringerung von Ungleichheiten bei Familien](#)

### EU-Parlament: Rechtsausschuss mit Vorschlag zur Anerkennung von Elternrechten

Der Rechtsausschuss des EU-Parlaments hat sich auf einen Vorschlag fõr eine Verordnung zur Anerkennung von Elternrechten in der gesamten EU geeinigt. Sie soll sicherstellen, dass rechtlich anerkannte Eltern-Kind-Beziehungen auch beim Umzug der Familie in einen anderen EU-Staat ihre Gõltigkeit behalten. So soll vor allem fõr Regenbogenfamilien Rechtssicherheit geschaffen werden. Da das Familienrecht in den Mitgliedstaaten geregelt wird, gelten aktuell sehr unterschiedliche Regelungen zur Anerkennung von Elternschaft bei nicht-traditionellen Familienmodellen. Das kann dazu fõhren, dass Sorgerecht, Unterhaltsverpflichtungen und Erbfragen nach einem Umzug innerhalb der EU nicht mehr geklãrt sind. Die geplante Verordnung ist derzeit umstritten. Gefõrchtet wird von einigen Staaten, dass sie entgegen des nationalen Rechts gleichgeschlechtliche Familien anerkennen sollen. Zudem wird diskutiert, ob die Regelung Leihmutterchaft legalisieren wird.

### EU-Parlament: Einbezug von Kindern und Familien in die Überarbeitung der Richtlinie gegen Menschenhandel

Das EU-Parlament hat seine Position zur Überarbeitung der EU-Richtlinie gegen Menschenhandel verõffentlicht. Bereits der Vorschlag der EU-Kommission und der Standpunkt des Rates erklãren, dass illegale Adoptionen und Zwangsheiraten explizit in die Richtlinie aufgenommen werden mûssen. Das EU-Parlament weist darõber hinaus darauf hin, dass Kinder, die nicht bei ihren Eltern aufwachsen, einem besonderen Risiko fõr Menschenhandel ausgesetzt sind. Dies betreffe Kinder, die in Einrichtungen oder alternativen Pflegearrangements aufwachsen und unbegleitete minderjãhrige Geflõchtete. Auch Kinder mit Behinderungen, insbesondere Mãdchen, seien õberdurchschnittlich oft betroffen. Um Menschenhandel mit Kindern wirksam zu bekãmpfen, mûssten die Mitgliedstaaten nationale Aktionsplãne gegen Menschenhandel ausarbeiten, die MaÙnahmen zur Ermittlung, Strafverfolgung und zum Opferschutz enthielten. Die nationalen Gesetzgebungen mûssten so õberarbeitet werden, dass sie die Prãvention, frõhe Auffindung und Unterstõtzung Betroffener ermõglichten.

- [EU-Parlament Entwurf zur Überarbeitung der EU-Richtlinie gegen Menschenhandel](#) 

### EU-Parlament: Bericht zum Vorschlag der EU-Richtlinie gegen sexuellen Missbrauch

Im Abstimmungsprozess der EU-Institutionen um die Ausgestaltung der geplanten Richtlinie hat das EU-Parlament Ãnderungsvorschlãge zum Entwurf der Kommission verõffentlicht. Der strittige Punkt betrifft die Frage, ob Technologien zur automatisierten Aufdeckung von Inhalten sexuellen Missbrauchs an Kindern zum Einsatz kommen sollten (s. [AGF EuropaNews 09/23](#)). Das EU-Parlament fõgt dem Entwurf der Kommission in seinem aktuellen Bericht den Hinweis hinzu, dass die Verschlõsselung privater Nachrichten ein wichtiges Werkzeug sei, um die Vertraulichkeit und Sicherheit im Netz zu garantieren. Die Richtlinie solle nicht so interpretiert werden,

dass sie dieses Mittel zum Datenschutz unterlaufe. Das Parlament schlägt vor, Aufdeckungsmaßnahmen nur dann anzuordnen, wenn eine Plattform es versäumt habe, eine für ihre Inhalte und Nutzer:innen spezifische Risikoeinschätzung vorzunehmen. Große Anbieter digitaler Dienste sollten zu dieser Einschätzung verpflichtet werden. Zeige sich ein erhöhtes Risiko für sexuellen Missbrauch an Kindern über die Plattform, müssten weitere Schutzmaßnahmen wie eine Altersverifizierung eingeführt werden.

- [EU-Parlament: Bericht zum Vorschlag für eine EU-Richtlinie gegen sexuellen Missbrauch](#) 

### EuGH: Eltern von Geflüchteten haben Anspruch auf Aufenthalt, aber nicht auf internationalen Schutz

Im Fall eines Mannes aus Guinea hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) entschieden, dass die Anerkennung seiner Kinder als Geflüchtete nicht dazu führe, dass auch er internationalen Schutz gewährt bekommen müsse. Nachdem seine Anträge auf internationalen Schutz mehrfach abgelehnt worden waren, beantragte er diesen erneut und begründete seinen Anspruch mit seinen zwei in Belgien geborenen Kinder, die wie ihre Mutter als Geflüchtete anerkannt worden waren. Der EuGH stimmte dem belgischen Gericht zu, dass daraus kein Anspruch auf internationalen Schutz für ihn abgeleitet werden könne. Allerdings müssten Eltern anerkannter Flüchtlinge einen Aufenthaltstitel und eine Arbeitserlaubnis erhalten, um der Familie das Zusammenleben zu ermöglichen.

### Rat der EU: Position zum Europäischen Behindertenausweis beschlossen

Der Rat der EU hat sich auf eine gemeinsame Position für den Europäischen Behindertenausweis und den EU-Parkausweis für Menschen mit Behinderungen geeinigt. Damit soll der EU-weite Zugang von Menschen mit Behinderungen zu Ermäßigungen und Unterstützungsleistungen gleichermaßen ermöglicht werden. Der Rat hat dem Entwurf der Kommission aus dem September dieses Jahres (s. [EuropaNews 09/23](#)) den Vorschlag hinzugefügt, die Ausweise zweisprachig in Englisch und der jeweiligen Sprache des ausstellenden Mitgliedstaates zu gestalten. Außerdem schlägt der Rat vor, gegen Fälschungen und Missbrauch einen QR-Code zur Verifizierung auf den analogen Ausweis zu drucken. Die Verhandlungen über den Europäischen Behindertenausweis sollen weitergeführt werden, wenn das EU-Parlament zu Beginn 2024 seine Verhandlungsposition beschlossen hat.

- [Rat der EU: Position zum Europäischen Behindertenausweis](#)  

## Nachrichten aus den europäischen Staaten

---

### Polen: Reproduktive Gesundheit in Koalitionsverhandlungen

Die drei möglichen Koalitionsparteien für die neue polnische Regierung verhandeln aktuell über ihren Koalitionsvertrag. Obwohl eine Reform der in Polen stark umstrittenen Gesetzgebung zu Schwangerschaftsabbrüchen dabei weitgehend ausgespart wird, spielt die reproduktive Gesundheit von Frauen eine zentrale Rolle. Einig sind sich die drei Parteien, dass die Verschärfung der Regeln zur Abtreibung aus dem Jahr 2020 aufgehoben werden müsse. Im Wahlkampf hatten die Parteien unterschiedliche Positionen darüber vertreten, ob Schwangerschaftsabbrüche generell bis zur zwölften Schwangerschaftswoche oder nur in Ausnahmefällen ermöglicht werden sollten, z.B. bei Gefahr für Leben und Gesundheit der Schwangeren. Die Koalitionsparteien haben bei der medizinischen Versorgung Schwangerer eine gemeinsame Position gefunden und angekündigt, die Standards zu erhöhen. Außerdem sollen Möglichkeiten geschaffen werden, die Kosten für künstliche Befruchtung erstattet zu bekommen.

## Slowakei: Leitlinien für geschlechtsangleichende Operationen zurückgenommen

Das Gesundheitsministerium der Slowakei hat seine Leitlinien für geschlechtsangleichende Operationen widerrufen, nachdem eine Koalitionspartei sich gegen diese Veröffentlichung gestellt hatte. Auf welche Weise trans Personen in der Slowakei in Zukunft Zugang zu geschlechtsangleichenden Operationen bekommen können, ist aktuell unklar. Aktuell ist es trans Personen in der Slowakei nicht möglich, ohne eine Sterilisation bzw. Kastration Zugang zu geschlechtsangleichenden Maßnahmen zu erhalten. Auch um den Geschlechtseintrag ändern zu lassen, müssen Personen in der Slowakei eine ärztliche Bescheinigung vorlegen, aus der hervorgeht, dass ihnen die Fortpflanzungsfähigkeit endgültig genommen wurde. Die liberale Partei in der Koalition drängt darauf, eine Lösung zu finden, die den internationalen Menschenrechtsverpflichtungen gerecht wird.

## Italien: Vertragsverletzungsverfahren wegen Kindergeldregelung

Nach Auffassung der Europäischen Kommission verstoßen die italienischen Regelungen für das Kindergeld gegen die EU-Gesetze zur Koordinierung der Systeme sozialer Sicherung, zur Freizügigkeit der Arbeitnehmer:innen und gegen den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union. Sie ist im Vertragsverletzungsverfahren gegen Italien in dieser Sache daher einen weiteren Schritt gegangen und hat Italien eine begründete Stellungnahme übermittelt, in der diese Position erläutert wird. Die im Jahr 2022 in Italien neu eingeführte Familienleistung kann nur beantragt werden, wenn die Antragsteller:innen zwei Jahre oder länger in Italien gemeldet sind. Außerdem müssen die Kinder, für die diese Leistung beantragt wird, mit den Antragsteller:innen im gleichen Haushalt leben. Die Kommission argumentiert, dass die Beschränkungen eine Diskriminierung gegen EU-Bürger:innen darstellt, die zum Arbeiten nach Italien gekommen sind und weniger als zwei Jahre dort leben. Außerdem verbiete es die Richtlinie für die Koordination der Systeme sozialer Sicherung, den Anspruch auf Familienleistungen an den Wohnort der Familie zu binden. Italien hat nun zwei Monate Zeit, um die Regelungen zu ändern. Andernfalls kann die EU-Kommission den Fall an den Europäischen Gerichtshof übergeben.

## Rumänien: Rentenreform beschlossen

In einem Eilverfahren hat die rumänische Regierung ein Gesetz für eine Rentenreform verabschiedet. Es soll ab dem nächsten Jahr gelten und sieht Anhebungen für niedrige Renten vor. Außerdem sollen alle Rentensätze inflationsindexiert und damit um bis zu knapp 14 Prozent erhöht werden. Das Renteneintrittsalter für Frauen soll bis zum Jahr 2035 dem der Männer angeglichen werden, das aktuell bereits bei 65 Jahren liegt (bei Frauen nur bis 62 Jahre). Zudem sollen die Rentensätze künftig nach einer neuen Formel berechnet werden. Die Gewerkschaften kritisieren das Gesetz als diskriminierend für jetzige Arbeitnehmer:innen und zukünftige Renter:innen und haben eine Beschwerde bei der EU-Kommission angekündigt. Zudem kritisieren zivilgesellschaftliche Organisationen, dass das Recht auf Invalidenrente wird mit der Änderung für Personen ohne Mindestbeitragsdauer abgeschafft. Betroffen seien u.a. mehr als 10.000 Personen, die in den Jahren 1988 bis 1991 als Kinder im rumänischen Gesundheitssystem mit HIV infiziert worden waren und von denen viele keiner Erwerbstätigkeit nachgehen konnten.

## Frankreich: Anstieg angezeigter Fälle häuslicher Gewalt

Laut einer Statistik des französischen Innenministeriums sind die polizeilich gemeldeten Fälle häuslicher Gewalt zwischen 2019 und 2022 um 15 Prozent gestiegen. Im Vergleich zum Jahr 2016 haben sie sich sogar verdoppelt. Dieser Anstieg sei vor dem Hintergrund veränderter Bedingungen für die Thematisierung und Anzeige solcher Gewalttaten zu interpretieren und bedeuteten nicht, dass die Gewalt selbst in dieser Form angestiegen sei. Polizei

und Gendarmerie hätten z.B. die Betreuung Betroffener deutlich verbessert, was die Bereitschaft zur Anzeige beeinflusst haben dürfte. 86 Prozent der Betroffenen von häuslicher Gewalt seien Frauen, 87 Prozent der Beschuldigten Männer. Drei Viertel der Opfer seien im Alter zwischen 20 und 45 Jahren. Mit 34 Prozent habe es sich bei den meisten der angezeigten Taten um Vorfälle körperlicher Gewalt (34 Prozent) gehandelt. Psychische (26 Prozent) und sexuelle Gewalt (zehn Prozent) kämen seltener zur Anzeige. Vermutet werde jedoch, dass lediglich eine von vier betroffenen Personen im Durchschnitt Anzeige erstatte.

### Schweiz: Bericht zu Deprivation und Gesundheit von Kindern

Laut einem aktuellen Bericht des Schweizer Bundesamtes für Statistik waren sechs Prozent der Kinder in der Schweiz im Berichtsjahr 2021 von drei Merkmalen kinderspezifischer Deprivation betroffen. Das Modell der kinderspezifischen Deprivation wird auch von der EU verwendet, um die Lebenssituation von Kindern genau erfassen zu können. Da vom Haushaltseinkommen allein nicht auf die Versorgung von Kindern geschlossen werden könne, sollen spezifische Indikatoren die Entbehrungen (Deprivationen) bestimmen, mit denen Kinder lebten. Die Indikatoren sind auf die besonderen Bedürfnisse ausgerichtet, die Kinder für eine gute Entwicklung haben und unterscheiden sich damit von allgemeinen Indikatoren für Deprivation. Ein solcher Indikator kann die Möglichkeit sein, einmal im Jahr für eine Woche Ferien zu machen, was in der Schweiz 6,1 Prozent der Kinder nicht möglich war. 5,5 Prozent von ihnen können nicht regelmäßig an einer kostenpflichtigen Freizeitaktivität teilnehmen.

Über Armut und soziale Teilhabe wird in der Schweiz regelmäßig von den Kantonen berichtet. Ein aktueller Bericht im Auftrag des Schweizer Bundesamts für Sozialversicherungen zeigt jedoch, dass diese Berichte mit sehr unterschiedlicher Methodik arbeiten, verschiedene inhaltliche Schwerpunkte setzen und nicht in der gleichen Frequenz erscheinen. Dies erschwere ihre Vergleichbarkeit für ein nationales Armutsmonitoring.

- [Informationen zu Deprivation und Gesundheit von Kindern aus der Erhebung über Einkommen und Lebensbedingungen des BfS der Schweiz](#) 
- [Micro- and macro-drivers of child deprivation in 31 European countries](#)  
- [Sozial- und Armutsberichterstattung in den Kantonen. Synthesebericht](#) 

### Schweiz: Freistellung bei Todesfall eines Elternteils in den ersten Lebensmonaten eines Kindes

Des Bundesrat der Schweiz hat beschlossen, Eltern eines gemeinsamen Kindes das Recht auf Freistellung von ihrer Erwerbsarbeit zu gewähren, wenn das jeweils andere Elternteil in den ersten Lebensmonaten des Kindes verstirbt. Dabei gelten für Mutter und Vater unterschiedliche Regelungen: Verstirbt die Mutter des Kindes innerhalb der erste 14 Wochen nach der Geburt, erhält der Vater bzw. die Partnerin der Mutter 14 Wochen Urlaub zusätzlich zum regulären Vaterschaftsurlaub. Verstirbt der Vater bzw. die Partnerin der Mutter in den ersten sechs Lebensmonaten des Kindes, so erhält die Mutter zwei Woche zusätzlichen Urlaub, die wie der reguläre Vaterschaftsurlaub für Väter bzw. Partnerinnen gehandhabt wird.




## Weitere Nachrichten

---

### Internationaler Tag der Kinderrechte

Zum Internationalen Tag der Kinderrechte hat Eurochild einen Bericht veröffentlicht, in dem der Schutz der Kinderrechte in 26 europäischen Staaten beurteilt wird. Darin werden Gesetze und Kinderschutzpraxis ebenso

beurteilt wie die Nationalen Aktionspläne der jeweiligen Staaten. Außerdem werden politische Empfehlungen abgegeben, wie die Priorisierung der Kinderrechte, Schutz und Unterstützung für besonders vulnerable Kinder und Investitionen in umfassende Datenerfassung und Prävention. Der spanische Vorsitz im Rat der EU verweist anlässlich des Aktionstages auf die EU-Kindergarantie und die Strategie für die Rechte des Kindes. Unicef hat den diesjährigen Tag der Kinderrechte mit dem Thema „For every child, every right“ begangen. Besonders die Rechte auf Frieden, eine bewohnbare Erde und auf politische Beteiligung wurden dabei betont. Außerdem macht Unicef auf Aktionen anlässlich des Aktionstags auf der ganzen Welt aufmerksam und verwies auf Informationen zum Thema für Erwachsene und Kinder, wie einem Video für drei bis sechsjährige, in dem die Kinderrechte erklärt werden.

- [Eurochild: Political will or won't?](#)  
- [Unicef: For every child, every right](#) 

### Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen

Anlässlich des Internationalen Tags gegen Gewalt an Frauen hat die UN ihre diesjährige UNiTE-Kampagne vorgestellt, die Bürger:innen und Regierungen aufruft, sich gegen geschlechtsspezifische Gewalt an Frauen und Mädchen einzusetzen. Das diesjährige Motto der Kampagne lautet: „Invest to prevent violence against women and girls“ und steht damit ganz im Zeichen der Prävention. Die Kampagne arbeitet mit verschiedenen Veranstaltungsformaten, Informationsmaterialien zum Thema und einem Toolkit, das von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Einzelpersonen genutzt werden kann, um für das Thema zu sensibilisieren. Der spanische Vorsitz im Rat der EU hat auf die Anstrengungen der EU zur Bekämpfung von Gewalt an Frauen aufmerksam gemacht. Dazu zählen die Unterstützung der Istanbul-Konvention und der Vorschlag für eine Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt. Die EU-Kommission macht ebenfalls auf diese Bemühungen aufmerksam und betont darüber hinaus, dass die allgemeine Gleichstellung der Geschlechter einen wichtigen Baustein in der Prävention von Gewalt gegen Frauen bilde.

- [UN-Women: UNiTE-Kampagne](#) 

### Netzwerk „Transnationale Familiendynamiken in Europa“ trifft sich zur Generalversammlung

Vom 20. bis zum 22. November kamen die Mitglieder des Netzwerks „Transnational Family Dynamics in Europe“ in Istanbul, Türkei zu ihrem zweiten Gesamttreffen, zusammen. Zentrale Bestandteile waren die Treffen der sechs verschiedenen Arbeitsgruppen, in denen die wesentliche inhaltliche Arbeit erfolgt: WG 1: Kinkeeping within TNF, WG 2: Integrating the perspective of vulnerable children and young people in social welfare and policy, WG 3: Social rights and social protection, WG 4: Health and well-being, WG 5 Methodological issues research and data collection und WG 6 Practises and policy impact. Die AGF ist Teil des Netzwerks und stellt mit Sven Iversen den stlv. Vorsitzenden.

- [Internetpräsenz des Netzwerks](#) 

## Berichte und Studien

### ESPAN: Bericht zur Zugänglichkeit von durch die Kindergarantie zugesicherten Leistungen

Das European Social Policy Analysis Network (ESPAN) hat untersucht, wie zugänglich die Rechte und Leistungen, die durch die EU-Kindergarantie abgesichert werden sollten, EU-weit für Kinder sind. Untersucht wurde, ob Kinder aus Haushalten mit geringen Einkommen effektiven und kostenfreien Zugang zu frühkindlicher Bildung und Betreuung, Bildung und schulischen Aktivitäten, gesunder Ernährung, Gesundheitsversorgung und ausreichendem Wohnraum haben. Insgesamt habe sich gezeigt, dass alle EU-Mitgliedstaaten Mechanismen eingesetzt haben, damit diese Grundbedürfnisse für alle Kinder erfüllt werden. Allerdings zeigten sich in allen Bereichen auch Barrieren, die den tatsächlichen Zugang erschwerten. Diese könnten in fehlenden Kitaplätzen, der Priorisierung von Familien, in denen beide Eltern arbeiten, oder fehlendem bezahlbarem Wohnraum bestehen. Finanzielle Barrieren lägen zum Beispiel in versteckten Kosten von Kita-Betreuung und außerschulischen Aktivitäten sowie in den Anschaffungskosten für Schulmaterialien.

- [ESPAN: Access for children in need to the key services covered by the European Child Guarantee](#) 

### OECD: Bericht zu Auswirkungen der Inflation

Die OECD hat einen Bericht über die unterschiedlichen Auswirkungen von hoher Inflation auf verschiedene Einkommensgruppen und Haushaltstypen herausgegeben. Inflationsbewegungen und ihre Auswirkungen müssten differenzierter betrachtet werden als anhand verbreiteter Indizes zur durchschnittlichen Preisentwicklung. So seien Haushalte mit geringen Einkommen stärker von der Inflation betroffen, weil sie weniger Möglichkeiten hätten, auf Vorrat einzukaufen. Außerdem seien sie darauf angewiesen, bestimmte Güter häufiger auszutauschen, weil es ihnen nicht möglich sei, höherpreisige Produkte in guter Qualität zu kaufen. Neben der allgemeinen Inflation müsse daher die effektive Inflation gemessen werden, die anhand bestimmter Haushaltstypen und ihren Konsumgewohnheiten bestimmt werde. Bei starker Inflation müssten besonders betroffene Gruppen gezielt unterstützt werden, damit sie Energie, Wohnen und die Güter des täglichen Bedarfs weiterhin bezahlen können.

- [OECD: The Uneven Impact of High Inflation](#) 

### Allianz Foundation: Next Generations Study 2023

Die Allianz-Stiftung hat eine Studie veröffentlicht, für die Zukunftsvorstellungen junger Menschen untersucht wurden. Dafür hat sie das SINUS-Institut beauftragt, 10.000 junge Menschen im Alter zwischen 18 und 39 Jahren zu befragen. Teilgenommen haben Befragte aus Deutschland, Griechenland, Italien, Polen und Großbritannien. Wichtige Ziele für die Zukunft seien für junge Menschen ein stabiler Sozialstaat, funktionierende demokratische Institutionen und ein umweltfreundliches Zusammenleben. Obwohl der Klimawandel die größte Sorge der Befragten für die Zukunft ist, sind knapp 65 Prozent von ihnen hoffnungsvoll, dass für diese Herausforderung passende Lösungen gefunden werden. Neben dieser Sorge für die Zukunft erwarten zwei Drittel der Befragten steigende Lebenshaltungskosten und 60 Prozent größere soziale Ungleichheiten. Ein Großteil der Befragten wählt, spendet für zivilgesellschaftliche Organisationen und beteiligt sich am politischen Diskurs über Social Media. Ein geringerer Anteil beteiligt sich an kollektiven Formen politischer Beteiligung wie Demonstrationen (28 Prozent), gewaltfreiem zivilen Ungehorsam (20 Prozent) oder engagiert sich in einer Partei (15 Prozent).

- [Allianz Foundation Next Generations Study 2023](#) 



## EU-Parlament: Bericht über Internetsucht und problematische Internetnutzung

Eine aktuelle Studie im Auftrag des EU-Parlaments zeigt, dass digitale Plattformen häufig so gestaltet sind, dass sie süchtig machen und nachteilige Effekte auf das psychische Wohlbefinden von Nutzer:innen haben können. Von den Folgen wie Depressionen, Ängsten, Stress, geringem Selbstwert, Schlafstörungen und Aufmerksamkeitsproblemen seien insbesondere Kinder betroffen. Design-Merkmale dieser Dienste mit diesen Auswirkungen werden als „Dark Patterns“ bezeichnet, deren Gestaltung als manipulativ eingestuft wird. Dazu können verwirrende Oberflächen zählen, durch die Kinder unbewusst der Nutzung ihrer Daten zustimmen können. Auch versteckte Kosten oder Abos und süchtig machende Designs würden eingesetzt, um Nutzer:innen an sich zu binden und ihre Nutzungsdauer zu erhöhen. Der Bericht zeigt verschiedene Möglichkeiten auf, auf diese Risiken politisch zu reagieren. Informationskampagnen zu verantwortungsvoller Internetnutzung könnten ebenso helfen wie die Bildung junger Menschen zu mentaler Gesundheit und Sucht. Die Prävention müsse sich nicht nur an gefährdete Kinder und Jugendliche, sondern auch an ihre Eltern, Geschwister und Freund:innen richten, damit diese die Betroffenen besser unterstützen könnten.

- [EU-Parlament: Bericht "Harmful internet use"](#)  

## EU-Kommission: Jahresbericht des Ausschusses für Sozialschutz

Der Jahresbericht des Ausschusses für Sozialschutz der EU-Kommission fokussiert in diesem Jahr die Krise der Energie- und Lebenshaltungskosten. Insgesamt sei der Anteil von Armut und sozialer Exklusion in der EU im Vergleich zum Vorjahr gleichgeblieben. Verbraucher:innen, insbesondere Haushalte mit geringen Einkommen, mussten jedoch große Teile ihres verfügbaren Budgets für Energie und Lebensmittel ausgeben. Dadurch sei die materielle und soziale Deprivation EU-weit leicht angestiegen. Die relative Stabilität der Armut und sozialen Situation sei durch staatliche Unterstützungsleistungen gesichert worden. Die Kinderarmutsquote sei im Vergleich zum Vorjahr leicht angestiegen. Die Zahl armutsgefährdeter Kinder sei zwar geringfügig zurückgegangen, dafür habe sich die Zahl der Kinder erhöht, die in Haushalten mit arbeitslosen Eltern lebten und von materieller und sozialer Deprivation betroffen sind. Im Vergleich zum Jahr 2019 ist die Zahl armutsbetroffener Kinder in der EU um 900.000 angestiegen. Auch die Armut älterer Menschen in der EU und ihre relative Einkommenssituation insgesamt hätten sich verschlechtern. Der Bericht ruft dazu auf, die Entwicklung in diesen Bereichen zu beobachten, um politisch dagegen steuern zu können.

- [EU-Kommission: Jahresbericht des Ausschusses für Sozialschutz](#) 

## Bevorstehende Veranstaltungen

Datum / Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
05. Dez. 2023 Brüssel, Belgien & online	<a href="#">"Trauma informed approaches in services for young children and their caregivers"</a>	Alliance for Childhood
05. Dez. 2023 Bern, Schweiz	<a href="#">Familien und Familienpolitik in der Schweiz – Herausforderungen im Jahr 2040</a>	Eidgenössische Kommission für Familienfragen (EKFF)

05. Dez. 2023 Online	<a href="#">New International PISA results. How do students perform in mathematics, reading and science?</a>	OECD
11.-12. Dez. 2023 Online	<a href="#">Protecting the Rights of LGBTIQ+ Persons in the EU</a>	Europäische Rechtsakademie (ERA)
14. Dez. 2023 Berlin, Deutschland	<a href="#">Addressing the need for common standards for equality bodies</a>	Equinet
10.-11. Jan. 2024 Bukarest, Rumänien	<a href="#">The Role of Civil Society Organizations in Facilitating the Integration of Asylum Seekers, Refugees and Migrants in Social and Protection Systems in European Contexts</a>	Eurochild, FONPC, Care France, ICVA
23. Jan. 2024 Online	<a href="#">EU policy webinar – European Child Guarantee</a>	COFACE Families Europe
23.-25. Jan. 2024 Berlin, Deutschland	<a href="#">Berliner Demografie-Tage 2024: Krisen überwinden - Politik für eine ungewisse Zukunft gestalten</a>	Population Europe

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf), Zukunftsforum Familie (ZFF).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin ·  
Tel.: + 49 (0) 30 2902825-78  
E-Mail: [europa@ag-familie.de](mailto:europa@ag-familie.de) · Web: <http://ag-familie.de>  
Redaktion: Olga Kedenburg, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom

